



NEWSLETTER PERSPEKTIVEN



2. Oktober 2019 / Ausgabe 7

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

seit knapp zwei Wochen liegen die Eckpunkte für ein Klimaschutzprogramm 2030 auf dem Tisch, die im Rahmen des so genannten Klimakabinetts beschlossen worden sind. Seit dem herrscht eine intensive Debatte über die Vorschläge und vor allem über den vermeintlich zu niedrigen Einstieg in die CO₂-Bepreisung. Dass dabei der Einstiegspreis zum alleinigen Gradmesser der Bewertung des gesamten Klimapakets gemacht wird, verkennt einerseits die Komplexität von Klimaschutzmaßnahmen und andererseits das durchaus gespaltene Bewusstsein der Bevölkerung. Letzteres wird regelmäßig in Umfragen dargelegt und offenbar von nicht jedem Kritiker bei der Meinungsbildung berücksichtigt. Im aktuellen ZDF-Politbarometer schätzen zwar 53 % der Befragten das geplante Klimapaket als nicht ausreichend ein. Gleichzeitig lehnen 63 % der Befragten eine stärkere Besteuerung von Benzin und Diesel ab. Welche Schlüsse soll man daraus ziehen? Für den DGB ist klar, dass vor einem Einstieg in eine stärkere CO₂-Besteuerung eine massive Investitionsoffensive in Mobilität, Infrastruktur und Gebäudesanierung angeschoben werden muss. Denn nur, wenn umweltfreundliche Alternativen zur Verfügung stehen, können Menschen ihr Verhalten auch ändern. Dort, wo statt dem Bus nur der Wolf vorbeikommt, werden Berufspendler auch weiterhin mit dem Auto fahren müssen. Und wenn in angespannten Wohnungsmärkten auch unsanierte Wohnungen zum Höchstpreis vermietet werden können, wird es für den Durchschnittsverdiener nicht einfacher, in eine wärmegeämmte Wohnung zu ziehen. Beides darf von notwendigen und effektiven Klimaschutzmaßnahmen nicht ablenken, zeigt aber, dass individuelle Verhaltensänderungen nicht ausschließlich von individuellen Investitionsentscheidungen abhängen. Ein CO₂-Preis und sei er deutlich höher als bisher geplant, bleibt am Ende aus Klimasicht wirkungslos, wenn Alternativen nicht vorhanden sind. Was dann bleibt ist eine unfaire Verteilungswirkung, die Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen überproportional belasten. Deshalb ist aus Sicht des DGB eine Finanzierung der Transformation vorwiegend über Konsumsteuern der falsche Weg. Vielmehr müssen bei der Finanzierung stärkere Schulter auch größere Lasten übernehmen. Deshalb müssen hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften stärker besteuert werden und die Möglichkeiten für öffentliche Kreditaufnahme zu minimalen oder sogar negativen Zinsen für mehr Klimaschutzinvestitionen genutzt werden. Denn der Investitionsbedarf ist riesig. Zwar stockt die Große Koalition an diesem Punkt auf. Dennoch bleiben die geplanten 54 Mrd. Euro erheblich hinter dem Bedarf zurück. Alleine für die Bahn werden zusätzlich 10 Mrd. EUR jährlich gebraucht, damit die Schiene einen spürbaren Beitrag zur Erreichung der 2030-Klimaziele im Verkehrsbereich leisten kann. Diese Diskrepanz lässt sich auch durch die anderen Ausgabenbereiche durchbuchstabieren. Einmal mehr wird deutlich, dass die selbst gesetzten Klimaziele nicht mit der Schwarzen Null zu erreichen sind, erst recht nicht, wenn wir den schon aufgelaufenen Investitionsstau

berücksichtigen.

Weitere Themen dieser Ausgabe sind die [Wiedereinführung der Meisterpflicht](#), eine [Rückschau auf die industriepolitische Tagung](#) des DGB Anfang September sowie eine [Terminankündigung](#) zur Konferenz „Nach der Strukturwandelkommission – Wie gestalten wir die Umsetzung?“ am 15. Oktober.

Mit freundlichen Grüßen und Glückauf
Frederik Moch



Klimaschutzprogramm 2030: Ein Preis allein reicht nicht!



DGB/kodda/123RF.com

Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung enthält viele gute Maßnahmen. Doch die geplanten Investitionssummen sind viel zu gering – die vom DGB bis 2030 geforderten 200 Milliarden Euro werden nicht ansatzweise erreicht. So wird Deutschland auch zukünftig nicht nachhaltig.



[zum Beitrag](#)



CO2-Bepreisung – nicht ohne Investitionsoffensive



DGB/van Kruk/123rf.com

In der Debatte um eine CO2-Bepreisung fordern der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und seine Mitgliedsgewerkschaften eine massive, sozial-ökologische Investitionsoffensive mit Schwerpunkt auf Mobilität, Infrastruktur und Gebäudesanierung.

 zur Pressemitteilung



"Handwerker brauchen bessere Arbeitsbedingungen"



DGB/dolgachov/123rf.com

Die Rückkehr zur Meisterpflicht ist ein guter Anfang, um das Handwerk attraktiver zu machen. Aber die Innungen müssen auch Tarifverträge abschließen. Ein Gastbeitrag von DGB-Vorstand Stefan Körzell im Handelsblatt.

 zum Handelsblatt



Zurück zur Meisterpflicht



DGB/auremar/123rf.com

Mit der Reform der Handwerksordnung war es Handwerkern auch ohne Meisterpflicht erlaubt, sich selbständig zu machen. Das hat sich nicht nur negativ auf die Qualität der Arbeit sondern auch auf die Preise ausgewirkt. DGB-Vorstand Stefan Körzell fordert daher die Wiedereinführung der Meisterpflicht, damit wieder Qualität und Leistung im Mittelpunkt des Handwerks stehen.

 zum Beitrag



Gute Arbeit mit der Industrie der Zukunft



DGB/ Jozef Polc/123RF.com

Unter dem Motto „Wie viel Staat braucht der deutsche Industriestandort?“ diskutierten unter anderem DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell und der IG BCE Vorsitzende Michael Vassiliadis mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft über Perspektiven der Industrie vor dem Hintergrund des Strukturwandels und der sozial-ökologischen Transformation.

Unter dem Motto „Wie viel Staat braucht der deutsche Industriestandort?“ diskutierten unter anderem DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell und der IG BCE Vorsitzende Michael Vassiliadis mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft über Perspektiven der Industrie vor dem Hintergrund des Strukturwandels und der sozial-ökologischen

 [zum Beitrag](#)

Einladung: Konferenz „Nach der Strukturwandelkommission – Wie gestalten wir die Umsetzung?“ am 15.10.2019

Die Empfehlungen der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (KWSB) wurden Ende Januar veröffentlicht. Die Gewerkschaften fordern seitdem eine Eins-zu-Eins-Umsetzung des Abschlussberichtes. In diesem Herbst sollen die gesetzlichen Grundlagen zur Umsetzung beschlossen werden. Anlass genug, um den Stand der Dinge mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu diskutieren.

Die Konferenz findet am **15. Oktober 2019**, um 16 Uhr im Hotel Aquino (Tagungszentrum Katholische Akademie, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin) statt.

Anmeldungen unter: <https://veranstaltungen.dgb.de/sid-2019>

 [Programm](#)

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:

Frederik Moch, Abteilungsleiter Struktur-, Industrie- und Dienstleistungspolitik

Telefon: (030) 24060 – 726

Telefax: (030) 24060 – 677

Internet: www.dgb.de/sid

E-Mail: sid.bvv@dgb.de

Geschäftsführender Vorstand:

Stefan Körzell